

»Es droht ein Zerfall wie in Jugoslawien«

Unabhängigkeit des Südsudans verstärkt andere Sezessionen.

Ein Gespräch mit Christoph Marischka

Christoph Marischka ist Mitglied im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen

Grundlage für die Wahlen im Sudan und das für Januar vorgesehene Referendum ist das »Umfassende Friedensabkommen« (CPA) zur Beendigung des Bürgerkriegs von 2005. Hat es tatsächlich Frieden gebracht?

Es kam unter massivem – auch militärischem – Druck der EU und der USA zustande. Er wurde mit einem Völkermord in Darfur begründet, dessen Stattfinden nach wie vor umstritten ist. Das Abkommen klammerte die Situation in Darfur jedoch explizit aus und sollte im wesentlichen eine Sezession des Südens vorbereiten. Tatsächlich hat es den Charakter eines Waffenstillstandes. Die sudanesischen Truppen zogen sich zwar aus dem Süden zurück, aber dort rüstet insbesondere die Sudanesische Volksbefreiungsarmee (SPLA) massiv auf und wird dabei international unterstützt. Die sudanesischen Truppen haben ihre Aktivitäten teilweise nach Darfur verlagert und stehen weiter für eine Konfrontation mit dem Süden bereit.

Wie hängen die Konflikte in Darfur und im Südsudan zusammen?

Es gibt keinen engen und eindeutigen Zusammenhang, aber viele schwache Zusammenhänge. In beiden Regionen sind mehrere Volksgruppen und Rebellenorganisationen aktiv, die teilweise miteinander kooperieren und teilweise verfeindet sind. Es läßt sich aber z. B. auch nicht ausschließen, daß das harte Vorgehen der Regierung in Darfur auch als Warnung an den Süden gerichtet war, wie auf eine Sezession reagiert werden könnte. Zur Beruhigung der Lage in Darfur hat das Abkommen jedenfalls nicht beigetragen. Im Gegenteil besteht die Gefahr, daß eine Unabhängigkeitserklärung des Südens auch Sezessionsbestrebungen in Darfur stärken könnte.

Wie realistisch ist das?

Tatsächlich gibt es in vielen Provinzen– nicht nur im Süden und in Darfur – Rebellenbewegungen, die aber bislang nicht die Unabhängigkeit fordern, da sie von der Wirtschaftskraft der Zentralregierung profitieren. Wird diese jedoch durch eine Sezession des Südens ihrer Öleinnahmen beraubt und geschwächt, droht ein Zerfall des Sudans in Kleinstaaten wie es in Jugoslawien der Fall war – mitsamt den entsprechenden Bürgerkriegen. Dieses Schicksal könnte dann auch weiteren Staaten in der Region und auf dem Kontinent drohen.

Auch im Süden war 2009 von einer Zunahme an Gewalt die Rede.

Allein 2009 gab es im Südsudan mindestens 2500 Todesopfer und 300000 bis 350000 Flüchtlinge aufgrund bewaffneter Konflikte. Nach Medienberichten soll es sich dabei überwiegend um Auseinandersetzungen zwischen Clans und Stämmen gehandelt haben, aber vieles davon hängt eben damit zusammen, daß sich dort eine neue Staatsgewalt etablieren will, und auch damit, daß Sympathisanten der Zentralregierung vor der Wahl vertrieben werden. Oft wird auch behauptet, einzelne Gruppen würden von Khartum mit Waffen ausgerüstet, wofür es aber keinerlei Beweise gibt. Daß es verstärkt zu Gefechten mit Nomaden kommt, hat auch damit zu tun, daß diese von der neuen Ordnungsmacht nun am Grenzübertritt in den Süden gehindert werden. Es ist durchaus denkbar, daß nomadische Stämme bewußt und auch

gewaltsam die Vermessung der zukünftigen Grenze behindern. Es wird immer wieder der Regierung unterstellt dahinterzustehen. Tatsächlich ist aber eine Wanderung zwischen den feuchteren Regionen im Süden und dem Norden des Sudans die Lebensgrundlage der Nomaden, und gut bewaffnet waren sie auch schon immer.

Interview: Klaus Repken

junge Welt, 09.04.2010